





Diana Golze
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 72329

 (030) 227 – 76329

 Diana.Golze@bundestag.de

Auch der Staat hat noch Verantwortung ...

Zu den Äußerungen der Kreisparteichefin, Saskia Funck, und dem Vorsitzenden der Parlamentsfraktion, Rudolf Werner, (beide CDU) in der MAZ vom 9.8.2007 äußert sich die Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis 60 der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze:

Die höheren Steuereinnahmen für den Landkreis Potsdam-Mittelmark und die guten wirtschaftlichen Daten sind Anlass zur Freude und bieten die Chance auf Haushaltskonsolidierung sowie politische Gestaltung. Einerseits muss die Nettokreditaufnahme reduziert werden um damit die Schulden zu senken. Andererseits ermöglichen die Mehreinnahmen auch Investitionen in die prioritären Bereiche Bildung und Wirtschaft. Dazu gehören der uneingeschränkte Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für alle Kinder, die Wiedereinführung der kostenlosen Schülerbeförderung sowie einer kostenlosen Verpflegung für Kita- und Schulkinder. Gleichzeitig ist es auch erforderlich, das positive Wirtschaftswachstum zu nutzen und für Unternehmensgründer und KMU entsprechende Fördermittel bereitzustellen.

Die politisch Verantwortlichen sehen heute als einzigen Ausweg die Ausgaben um jeden Preis immer weiter herunterzufahren und öffentliche Aufgaben zu privatisieren. Beispiele hierfür sind die medizinische Versorgung oder der ÖPNV, worüber die CDU in Potsdam-Mittelmark gerade nachdenkt. Dies sind Elemente der

PRESSMITTEILUNG



Diana Golze
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 72329

 (030) 227 – 76329

 Diana.Golze@bundestag.de

öffentlichen Daseinsvorsorge und gehören zu den Aufgaben der öffentlichen Hand. Es geht mir hierbei nicht um Verstaatlichung von Bäcker Müller oder der heimischen Presse. Aber Aufgaben, die die gesamte Gesellschaft sowohl im Landkreis als auch im Land betreffen, sind Aufgaben des Staates. Nur er kann Teilhabe aller sichern.

Die Politik hat gegenüber der Buchhaltung kapituliert. Dieser Weg hat keine Perspektive. Wir brauchen einen finanzpolitischen Neuansatz, der Einnahmen- wie Ausgabenseite gleichermaßen betrachtet sowie gewichtet und den Landkreis wieder politisch handlungsfähig macht. Natürlich gehört zu einem finanzpolitischen Neuansatz auch strikte Sparsamkeit, was immerhin zu den klassischen Brandenburgischen Tugenden zählt. Es sollte aber im Aufschwung investiert werden, damit dieser nicht nur kurzzeitig, sondern permanent für alle erlebbar ist.

PRESSMITTEILUNG